

Beschlussvorlage der Verwaltung Nachtragsvorlage

Diese Vorlage

- ☐ ersetzt die Ursprungsvorlage.
☒ ergänzt die Ursprungsvorlage.

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	13.05.2025	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Erhöhung der Schwerbehindertenquote der bei der Stadt Bielefeld Beschäftigten auf 10% (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 12.03.2025)

Betroffene Produktgruppe

./.

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

./.

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

./.

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Beirat für Behindertenfragen, 12.03.2025, Punkt 7.2.1, Drucksachen-Nr. 9707/2020-2025

Beschlussvorschlag:

Auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Finanz- und Personalausschuss zu empfehlen, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, die Erhöhung der Schwerbehindertenquote der bei der Stadt Bielefeld Beschäftigten auf 10 % zu beschließen.

Begründung:

Der Beirat für Behindertenfragen hat in seiner Sitzung vom 12.03.2025 den im Beschlussvorschlag aufgeführten, empfehlenden Beschluss gefasst und bittet den Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Empfehlung zu folgen.

Die Stadt Bielefeld hat in den letzten Jahren einen Rückgang der Schwerbehindertenquote von 7,8% auf nur noch 6,5% zu verzeichnen. Damit liegt sie fast unter der freiwilligen Quote von 6%, die sich die Stadt selbst gesetzt hat und die – angesichts des bevorstehenden altersbedingten Ausscheidens von rund 2.000 Beschäftigten – in naher Zukunft unter die gesetzlich geforderte Schwerbehindertenquote von 5% fallen könne, was sich negativ auf die Wahrnehmung der Stadt als Arbeitgeber und ihre Vorbildfunktion in der Region auswirken würde.

Die Stadt Bielefeld hat als öffentliche Institution eine besondere Verantwortung für die Förderung einer inklusiven und vielfältigen Arbeitswelt. Mit einer Schwerbehindertenquote von 10% wird ein starkes Zeichen für Inklusion und soziale Verantwortung gesetzt. Damit wird nicht nur die gesetzliche Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen erfüllt, sondern auch ein

aktives Signal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt gesetzt.

Mit einer Erhöhung der Schwerbehindertenquote auf 10% würde die Stadt Bielefeld eine Vorbildfunktion für andere Arbeitgeber in der Region übernehmen. Sie könnte damit die Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt vorantreiben und gleichzeitig den Weg für weitere Unternehmen ebnen, sich intensiver mit dem Thema auseinanderzusetzen. Dies entspricht dem Ziel, eine barrierefreie und vielfältige Arbeitswelt zu schaffen, die allen Menschen gleiche Chancen bietet.

Durch die Förderung von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Bielefeld wird nicht nur das soziale Engagement gestärkt, sondern auch die langfristige Beschäftigungsfähigkeit und Qualifikation der Mitarbeiter verbessert. Menschen mit Behinderungen bringen unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Qualifikationen ein, die das Arbeitsumfeld bereichern und Innovation und Kreativität fördern können.

Stellungnahme der Verwaltung:

siehe Anlage

Erster Beigeordneter

Ingo Nürnberger

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

